

Hohenstein-Grustthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Grustthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Bernsdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Ursprung, Mittelbach, Langenberg, Falken, Meinsdorf, Grumbach, Tirschheim zc.

— **Weitverbreitetes Insertions-Organ für amtliche und Privat-Anzeigen.** —

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Aus-
träger, sowie alle Postanstalten.
Für Abonnenten wird der Sonntags-Nummer eine illustrierte Sonntagsbeilage gratis beigegeben.

Abonnement:
Bei Abholung monatlich 35 Pfg.
die einzelne Nummer 5 „
Durch die Post bezogen 1.25 Mk. excl. Bestellgeld.
Frei ins Haus monatlich 42 Pfg.
vierteljährlich 1. Mk. 25 Pfg.

Insertionsgebühren: die sechsgespaltene Corpuzzeile oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg. Reklamen 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis **vorm. 10 Uhr.** Größere Anzeigen abends vorher erbeten.

Nr. 281,

Fernsprecher Nr. 151.

Freitag, den 4. Dezember 1903.

Geschäftsstelle: Bahnstr. 3.

30. Jahrgang.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Nach der heute mittag durch Verlesung der Chronik erfolgten feierlichen Eröffnung im Weißen Saale hält der neue Reichstag um 2 Uhr nachmittags seine erste Plenarsitzung ab, auf deren Tagesordnung nur die Feststellung der Befähigung des Hauses steht. Der neue Reichstag setzt sich zusammen aus 52 Konservativen, 19 Mitgliedern der Reichspartei, 60 Nationalliberalen, 103 Centrumsmitgliedern, 20 von der freisinnigen Volkspartei, 10 von der freisinnigen Vereinigung, 15 Polen, 10 Elsaß-Lothringern, 7 Welfen, 11 Antifemiten, 3 vom Bunde der Landwirte, 3 vom bayerischen Bauernbund, 6 deutsche Volkspartei, 7 Fraktionslose und 81 Sozialdemokraten.

Ein erfreuliches Bild hat der Reichshaushaltetat auch in diesem Jahre noch nicht entrollt. Auch diesmal mußte zur Deckung der Ausgaben wieder zu dem Mittel der Anleihe gegriffen werden, ja das Reich ist noch tiefer als bisher in die Pumpwirtschaft hineingeraten, und für das Etatsjahr 1904 zur Anleihe von fast 215 Millionen Mark genötigt. Aller Voraussicht nach werden im Laufe des neuen Etatsjahres Mittel und Wege gefunden werden, um die Finanzkraft des Reiches zu heben. Es muß etwas geschehen, sowohl um der Einzelstaaten willen, die durch die immer schärfere Heranziehung zu den Reichsausgaben über ihre Leistungsfähigkeit belastet werden, wie auch im Interesse der gewohnten soliden Finanzverwaltung; aus der Pumpwirtschaft muß das Reich so schnell als möglich wieder herauskommen suchen.

Eine Aufstellung über den Reichspost- und Telegraphen-Verkehr wird dem Reichstag zugehen. Zu Beginn dieses Jahres gab es 32 542 Post- und 22 292 Telegraphenstellen, ferner 16 292 Fernsprecherstellen, 106 074 Postbriefkasten. Beamte usw. waren 209 906 tätig. Befördert wurden 5515 Millionen Sendungen und 42 Mill. Telegramme. Briefe waren 5321 Mill. Die Zahl der unbestellbaren Sendungen ist erfreulicherweise weiter gesunken. Ferngespräche sind 757 Mill. vermittelt worden. Die Wert- und Gebührenden belaufen sich auf 26,2 Milliarden Mark. Der Uberschuß ist von 20 Mill. im Jahre 1901 auf 42,4 Mill. Mark gestiegen, ein selten glänzendes Ergebnis.

Das Wohnhaus des Reichstagspräsidenten in Berlin ist jetzt fertiggestellt; bald nach Weihnachten wird es seiner Bestimmung übergeben werden. Es ist ein Bau von massigen späten Formen und gliedert sich dem Reichstagsgebäude auch darin an, daß es gegen das schräge Spreuerufer hin in eine zum Reichstag gleichlaufende Baulinie gestellt ist. Die Baukosten belaufen sich auf 1 1/2 Mill. Mark.

Großherzogin von Baden, die einzige Tochter des kaiserlichen Königs, vollendet am heutigen Donnerstag ihr 65. Lebensjahr.

Leutnant Bille ist bisher noch nicht aus dem Meer ausgehoben, sondern befindet sich zur Zeit im Militärgewahrsam von Metz, wo er völlig als Offizier behandelt wird. Er hat an den Kaiser ein Begnadigungsgesuch eingereicht, auf das aber bisher eine Antwort nicht eingetroffen ist.

Unsere Südpolar-Expedition ist aufgelöst worden, das Schiff „Gauß“ ging nach Westmündung zur Auferstehung. Ein Teil der Instrumente wird dort an die deutschen Hochseefischer abgegeben, andere bekommt die Gesellschaft für Tiefseeforschung in Berlin. Die wissenschaftlichen Mitglieder der Expedition bleiben vorläufig Beamte des Reiches.

Franzreich.

Die Humberts haben ihr „Schäfers“ ins Trockene gebracht. Sie verbüßen jetzt ihre Strafe und werden sich hinterher an den beiseite geschafften Millionen schablos halten. Dem Bruder der „großen Theresie“ wurde im Gefängnis eine Zündholzschachtel mit Doppelboden abgenommen, die Edelsteine von großem Werte enthielt. Theresie ist jedenfalls vorrücklicher gewesen. Wie es heißt, soll sie mehrere Millionen bei der Bank von England unter falschem Namen hinterlegt haben.

Rußland.

In den diplomatischen Kreisen Russlands herrscht eine gedrückte Stimmung infolge des Er-

gebnisses verschiedener Auskünfte, die mit großer Sorgfalt, aber nicht ohne entsprechende große Schwierigkeiten von jüngeren Mitgliedern des diplomatischen Korps über die innere Lage Russlands eingeholt worden sind. Das Ergebnis dieser Auskünfte ist, nach einer Petersburger Drahtung der „Nat. Ztg.“, daß der Winter nicht ohne traurige Überraschungen vorübergehen dürfte. Die eingeholten Auskünfte sind als zuverlässig anzusehen, denn sie sind zum Gegenstand offizieller Berichte an die Regierung gemacht worden. — Beunruhigend wirken auch die fortgesetzten Alarmnachrichten aus dem fernen Osten. Namentlich fällt die neuerliche ernste Tätigkeit Englands auf. Dort jagt ein Rabinetsrat den anderen, und jeder gilt der ostasiatischen Frage. England scheint sich endlich seines Bundesverhältnisses zu Japan zu erinnern und Anhalten treffen zu wollen, dessen Forderungen gegenüber Russland zu unterliegen. Einige Londoner Blätter erklären, wenn Russland die beschriebenen Forderungen Japans endgültig ablehne, dann sehe die Welt vor einem russisch-japanischen Kriege.

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

Dresden, 2. Dezbr. Die Kammer setzte heute von vormittags 10 Uhr ab die allgemeine Vorberatung über den Staatshaushalts-Etat und den Rechenschaftsbericht fort. Am Regierungstische waren wieder die Herren Staatsminister v. Meißner, Dr. v. Seydewitz, Dr. Rüger und Dr. Otto, sowie eine große Anzahl Ministerialräte erschienen. Die Abwicklung der Rednerliste ging recht langsam von statten, und das Direktorium griff daher zu dem Mittel, nach einer kurzen Mittagspause eine Nachmittags-Sitzung anzusetzen, die sich bis weit in die Abendstunden hinauszog. Zunächst erhielt das Wort

Abg. Langhammer-Chemnitz (natl.): Abg. Günther hat der nationalliberalen Partei den Rat gegeben, daß nach seiner Meinung es am besten ist, wenn sie dem Kartell in Zukunft fernbleibt. Die nationalliberale Partei weiß am besten, was sie zu tun hat und findet den Rat des Abg. Günther etwas aufdringlich. Meine politischen Freunde und ich werden bei den politischen Wahlen wissen, was wir zu tun haben, und bei diesem Urteil wird uns das Gesamtwohl und das Interesse unserer eigenen Partei leiten. Wenn ich die Wahl habe zwischen einem Parlament, das aus der Klassenwahl hervorgegangen ist in der jetzigen Form, oder zwischen einem Parlament, das aus Sozialdemokraten und Deutschfreisinnigen gebildet wird, so ist mir die jetzige Zusammensetzung immer noch lieber. Die Etatrede des Finanzministers hat gezeigt, daß schwere Fehler in unserer Finanzpolitik gemacht worden sind, sie hat aber auch gezeigt, daß der Herr Finanzminister Wege weiß, die aus dem Dilemma herauszuführen. Die Hoffnung des Finanzministers ist ein genügender Grund, daß wir volles Vertrauen zu der Staatsregierung fassen.

Abg. Schubart-Cuba wendet sich gegen den Vorwurf, daß die alten Vertreter dieses Hauses an der schlechten Finanzlage schuld seien. Eine solche Behauptung sei leichter ins Land hinausgeschleudert, als bewiesen. Die Wünsche, die die Veranlassung zu höheren Ausgaben gewesen sind, seien nicht die der Mitglieder des Hauses, sondern die ihrer Wähler. Bei der Abstimmung über die Ausgaben habe die rechte Seite des Hauses (die zustimmende) nicht bei den Konservativen abgeschnitten. (Sehr richtig.) Dem Abg. Günther erwiderte er, daß der Bericht des Landeskulturrats eine schlechte Lage der Landwirtschaft in Sachsen konstatierte. Das Verhältnis der Verursacher in den Kammern sei ein ganz richtiges. Er habe nichts dagegen, daß den Städten mehr Sitze in der Kammer eingeräumt würden (Hört! hört!), das könnte aber recht gut durch eine Änderung der Wahlkreise in den großen Städten geschehen. Redner geht dann auf einzelne Kapitel des Rechenschaftsberichts und des Etats ein. Es werde an den Positionen des Etats in der Deputation nicht viel zu streichen sein. Redner beschwert sich über die Unbequemlichkeiten der Eisenbahnwagen und schlägt vor, es möchte jeder Frei-

parten-Inhaber mindestens ein Drittel seiner Fahrten auch in zweiter, dritter und vierter Klasse machen, das würde vielleicht von heilsamer Wirkung sein. Zu wünschen wäre eine Verschmelzung der Generaldirektion der Eisenbahnen mit dem Ministerium. (Sehr richtig.) Die Forstakademie möge ganz aufgegeben und nicht erst nach Leipzig verlegt werden. Bedauerlich sei es, daß das Justizministerium es zugegeben habe, daß der Vorstoß eines Schwurgerichts an einen Juden, der jetzt tot sei, übertragen worden ist. (Abg. Schulze ruft: Der ist tot!) Das habe ich ja schon gesagt, Herr Kollege! Sie haben wohl nicht richtig darauf gehört? (Weiterkeit.) Redner spricht sich weiter für die Promotion der Studierenden an der Tierärztlichen Hochschule aus, wünscht Aufgabe des eines praktischen Wertes entbehrenden meteorologischen Instituts (Sehr richtig), und verlangt, daß die Schiffahrt auf der Elbe durch Gebühren die Unkosten für die Stromaufsicht und das Offenhalten der Wasserstraßen decke. Die Unkosten pro Kopf der Studierenden an der Technischen Hochschule zu Dresden und der Universität zu Leipzig seien zu hohe. Redner macht sodann eine Reihe Vorschläge für weitere Ersparnisse, so den für Einziehung von Beamtenstellen. Man behaupte im Lande, die Herren hätten nicht viel zu tun. (Finanzminister Dr. Rüger lacht.) Die Beamten seien vielleicht selbst daran schuld, wenn man ihnen das nachgibt, denn man sehe sie um 10 oder 11 Uhr ins Bureau gehen, und um 3 Uhr wären sie schon wieder fertig. Die vielen Diener müßten ihnen ja oft Mappen nach Hause tragen, weil die Herren zu Hause arbeiteten (Na ja), aber das glaube eben niemand im Lande, und darum hoffe er, daß nach Erbauung der schönen und bequemen Häuser die Herren Beamten nunmehr auch im Geschäft arbeiten. (Weiterkeit.) Auch die Unterbeamten arbeiteten viel intensiver, wenn der Vorgesetzte selbst an seinem Pulte sitze.

Finanzminister Dr. Rüger: Er wolle sich nicht in den Streit der Parteien dieses Hauses einmischen, der über die Ursachen der Mängel im Staatswesen entbrannt sei. Die Regierung sei der Mehrheit des Hauses dankbar gewesen, und werde auch weiterhin auf die Unterstützung dieser Mehrheit rechnen. Ihm sei jeder recht, gleichviel welcher Richtung, der am Wohle des Vaterlandes arbeite. (Sehr richtig.) Redner wendet sich dann gegen die Verwendung politischer Schlagwörter, von denen die Herren selbst oft nicht wüßten, was sie bedeuteten. So habe Abg. Günther von einem „Hafenparagrafen“ im Bürgerlichen Gesetzbuch gesprochen. Er habe lange Zeit der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch angehört; darin seien nicht nur laute „verkochene Juristen“ gewesen, sondern Mitglieder aller Parteien, es sei ihm aber nicht bekannt geworden, daß jemand gesagt hätte: Wenn der Hase nicht darin erwähnt wird, nehme ich das Gesetz nicht an. (Weiterkeit.) Gewisse politische Schlagwörter entwickelten sich immer und ließen sich dann nicht totmachen. Dazu gehöre auch das „Pfeifen der armen Mannes“. Das sei sehr alt, und der Mann, der es zuerst gebraucht hat, könne nicht mehr leben, aber sein Pfeifen sei noch nicht gestorben, und sei diesem Hause erst gestern wieder vorgeführt worden. (Große Weiterkeit.) Der Aberglaube müsse beseitigt werden, daß, wenn der Tabak besteuert würde, der arme Mann zu schlecht wegkomme. Für politische und Streitfragen müsse der arme Mann ganz kolossale Aufwendungen machen, gegen die der geringe Steuerbetrag nicht entfernt in Betracht komme. (Sehr richtig.) Er habe zu seinem großen Bedauern das Wort „Reichseinkommensteuer“ gehört. Der Staat hätte sich mit der Einkommensteuer eine ganz gute Suppe zurecht gemacht, als er sich aber hinsetzte, diese zu verzehren, da seien auch die politischen Gemeinden, die Kirchen- und Schulgemeinden gekommen, um mitzuessen. Der Staat habe schon lange diese Miteßer mit Misttrauen betrachtet. Wenn nun noch das Reich mitessen sollte, so sei das eine arge Zumutung für den Staat. Es würde einen schweren Eingriff des Reiches in die Einzelstaaten zur Folge haben, wenn eine direkte Steuer von reichswegen erhoben würde. Diese Meinung werde von sämtlichen Finanzministern der deutschen Bundesstaaten vertreten.

(Bravo.) Die Reichseinkommensteuer wäre der Anfang der Aufgabe unserer bundesstaatlichen Selbständigkeit, darum sei sie unannehmbar. Abg. Günther möchte mit seinen Ansichten als Reiseprediger nach Bayern gehen und dort für Aufhebung der Brausteuer sprechen. (Sehr gut.) Auf die Klage des Abg. Dr. Vogel, daß der Etat den Abgeordneten zu spät zugegangen sei, erwiderte er, daß sehr rasch gearbeitet worden sei. Allerdings müsse der Etat Geheimsitz bleiben, bis er in die Hände der Abgeordneten gelange; er dürfe nicht schon vorher in der Presse besprochen werden. Es sei nicht wünschenswert, daß bei uns solche Zustände eintreten, wie im Reich, wo sehr oft in bezug auf Beschlüsse und Vorlagen im Bundesrat Publikationen erfolgten, die nur auf Indiskretionen zurückgeführt werden könnten. (Bravo.)

Vizepräsident Dpiz-Treuen, welcher präsidiert, schlägt die Vertagung der Sitzung bis 1/3 Uhr vor, da das Direktorium des Hauses an der Ueberreichung der Adresse der Stände an Se. Majestät den König beteiligt ist.

Das Haus beschließt dementsprechend. Nach Wiederaufnahme der Sitzung ergreift wieder das Wort

Abg. Enke-Leipzig (Konf.): Die niedrigen Preise führen zum Suchen nach billigen Arbeitskräften und so haben wir eine Menge Polen, Slaven, Juden in das Land gezogen. Das ist eine Gefahr in völkischer Hinsicht. Dieser Gefahr muß die Regierung entgegengetreten, umfomehr, als Sachen das reine Eldorado für Ausländer ist. Auch ich billige die Ansicht, daß in einem christlichen Staate kein Jude Vorsteher eines Schwurgerichts sein darf. Im übrigen bitte ich die Regierung, nicht nur sparsam, sondern auch national zu sein.

Abg. Braun-Freiberg (natl.) unterzieht den Bahnhofneubau in Freiberg einer kurzen Kritik und kommt dann auf den Erzbergbau zu sprechen. Der Passus der Chronik, der von der Aufhebung des Erzergbaues spreche, habe in Freiberg und Umgegend große Bestürzung hervorgerufen. Es wird der Gegen sehr schwer werden, sich von dieser Maßnahme zu erholen. In eine schwierige Lage kommen durch die Aufhebung des Bergbaues diejenigen Arbeiter, die in oder bei Freiberg ein kleines Häuschen besitzen, das ihnen niemand ablaufen wird, wenn der Bergbau eingeht.

Staatsminister Dr. v. Seydewitz: Auf die Einwendung des Abg. Schubart, daß der Aufwand für die Universität Leipzig gestiegen sei, werde ich später zurückkommen. Ich möchte nur bemerken, daß ich nicht glaube, daß es angängig ist, die Berechtigung oder Nichtberechtigung einer Forderung für die Hochschule davon abhängig zu machen, was dem Staate der einzelne Studierende kostet. Bei den Volkshochschulen ist das berechtigt — vielleicht, aber bei den Hochschulen nicht. Was die Ausländerfrage anlangt, so muß ich sagen, daß bei der Technischen Hochschule in Dresden die Gebühren derselben bereits erhöht worden sind und wir davor stehen, dies auch bei der Universität Leipzig zu tun.

Abg. Behrens-Niederlößnitz: Ich bin mit großem Interesse der Etatrede des Herrn Finanzministers gefolgt. Es weht ein frischer Wind in den „Hallen der Staatsregierung“, und wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg zur Besserung — das geht aus dem gegenwärtigen Etat hervor. Bei den Staatsbahnen ist im Interesse der Sicherheit des Verkehrs zu sehr mit Wollwolle gearbeitet worden. Solche Menschenfallen, wie sie der preussische Eisenbahnminister Budde in den Bahnhöfen am Rhein gefunden hat, besitzen wir glücklicherweise in Sachsen nicht. (Zuruf: Votzhappell!)

Abg. Liebau-Kochlitz: Die kleinen Bahnen befruchten die großen Durchgangslinien, sodas für diese eine bessere Rente herauskommt. Den Handwerker sollte man mehr Zeit zur Ausarbeitung von Kostenaufschlägen und zur Ausführung der Arbeiten lassen. Die Einquartierungen werden vielfach ungerecht verteilt.

Oberstleutnant Edler von der Planitz (vom Kriegsministerium): Die Militärbehörden sind bemüht, die Einquartierungslasten nach Kräften zu verteilen. Es besteht ein ganz bestimmter Plan, nach dem sämtliche Landesteile zu diesen Lasten